



## „Die Kraft der Freiheit kann Mauern einreißen.“

Mit Steinen aus der Berliner Mauer im Gepäck reiste Generalsekretär Ronald Poffalla in Begleitung des Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz, unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl in Weißrussland nach Minsk.

Ziel des höchstrangigen Besuchs deutscher Politiker seit Jahren in Weißrussland war es, der Opposition und der Zivilgesellschaft im Kampf für eine demokratische Gesellschaft den Rücken zu stärken. Die zurückliegenden Präsidentschaftswahlen am 19. März seien ▶

### INHALT

Landesparteitag:  
„Berlin kann mehr“  
Seite 5

Kommission „Bildungs-  
chancen und Erziehung“  
konstituiert  
Seite 6

Energiegipfel:  
Mehr Investitionen,  
weniger Abhängigkeit  
Seite 7

► ein einschneidendes Datum für Weißrussland gewesen, erklärte der Generalsekretär. Zum einen habe sich der regierende Diktator Lukaschenko erstmals mit einer geschlossenen – und damit ernstzunehmenden – Opposition konfrontiert gesehen, was gut sei und Hoffnung mache. Zum anderen habe Präsident Lukaschenko sein wahres Gesicht gezeigt, indem er die Opposition und die Zivilbevölkerung „knallharten Repressalien“ ausgesetzt habe – was zeige, wozu dieses Regime zum Machterhalt bereit sei und wie weit der Weg zur Demokratie noch sei.

Im Büro des belarussischen Helsinki-Komitees (BHK) informierten sich die Vertreter der CDU über die schwierige Situation der Menschenrechtsorganisation nach einem Urteil des Obersten Wirtschaftsgerichts Weißrusslands, welches eine Besteuerung von EU-Fördermitteln (TACIS) vorsieht. Die BHK-Vorsitzende Tatjana Protko berichtete zwar über die formale Einstellung des gegen

sie persönlich laufenden Strafverfahrens in derselben Rechtssache. Dennoch rechne sie nicht mit einer Revision des Urteils, sodass sie von einer Schließung des Büros ausgehe. Das Ausmaß der Staatswillkür erscheine nach den Gesprächen noch erschütternder als man es aus der Presseberichterstattung entnehmen konnte, berichteten Ronald Pofalla und Arnold Vaatz: Nicht zwischen 500 und 700 friedliche Demonstranten seien willkürlich festgenommen worden, sondern mindestens 1200 Personen. Die Gesprächspartner der deutschen Delegation teilten übereinstimmend die Befürchtung, dass auch nach einer Entlassung aus der Administrativhaft (bis zu 14-tägige unbegründete Inhaftierung) viele Aktivisten der Demokratiebewegung politisch motivierte Strafverfahren erwarten müssten. Unter den Festgenommenen befinden sich auch der Präsidentschaftskandidat der sozialdemokratischen Partei, Alexander Kosulin, sowie Mitglieder des Wahlkampfstabes des

Oppositionsführers Alexander Milinkewitsch. Der Generalsekretär erfuhr in den Gesprächen, dass die Staatsmacht weder vollständige Listen der Inhaftierten herausgebe, noch würden Angehörige benachrichtigt, noch gebe es freien Zugang von Ärzten oder Anwälten zu den festgenommenen Personen. So habe zum Beispiel die Ehefrau des Präsidentschaftskandidaten Kosulin weder Zugang zu ihrem – nach einer Demonstration inhaftierten – Mann noch zu offiziellen Behörden erhalten. „Für uns unvorstellbar, in Belarus bittere Realität“, brachte Pofalla seine Betroffenheit zum Ausdruck. Verschiedene Gesprächspartner von Pofalla und Vaatz wiesen insbesondere auf das Schicksal des nach Augenzeugenberichten am 25. März schwer verletzten und möglicherweise sogar verstorbenen Demonstranten Sergej Otrotschenko hin. Ronald Pofalla nutzte u.a. sein Vier-Augen-Gespräch mit dem belarussischen Außenminister Sergej Martynow, um neben sei-

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhölzerstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Generalsekretär Ronald Pofalla übergibt ein Stück der Berliner Mauer an Tatjana Protko vom Büro des Belarussischen Helsinki-Komitees.

dass die Staatsmacht in nächster Zeit noch aggressiver agieren könnte. Der Druck auf Präsident Lukaschenko wächst nach allgemeiner Einschätzung nicht nur im Land selbst, sondern auch durch die am 30. März von Gasprom angekündigte Erhöhung der Gaspreise auf „europäisches Niveau“ ab 2007. Würde dies Realität, käme das einem Verlust von etwa einem

Sechstel der belarussischen Staatseinnahmen gleich. Je mehr Lukaschenko in den kommenden Wochen und Monaten unter Druck geriete, desto wichtiger werde es, dass der Westen die vorhandenen Oppositionskräfte rund um Milinkewitsch stärke, so die beiden CDU-Politiker. „Allein durch unsere Aufmerksamkeit und die daraus resultierende Medienberichterstattung gewährleisten wir Schutz für die friedlichen Freiheitskämpfer vor Gefangenschaft und Verurteilung“, sagte Generalsekretär Ronald Pofalla vor seiner Abreise nach Minsk. Ronald Pofalla nutzte sein Gespräch mit dem Oppositionsführer Milinkewitsch, um ihn nach Deutschland zu einem parteiübergreifen-

den Gespräch der Obleute des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für Menschenrechte des Bundestages sowie zu einer gemeinsamen Pressekonferenz in die CDU-Bundesgeschäftsstelle einzuladen – eine Einladung, die Milinkewitsch gerne und kurzfristig annahm.

Milinkewitsch legte in dem ca. 1 1/2 stündigen Gespräch Wert auf die Feststellung, dass die Demokratiebewegung trotz verstärkter Repression gestärkt aus den „Wahlen“ hervorgegangen sei. Die belarussische Gesellschaft habe sich aus der Apathie befreit und politisiert. Der Oppositionsführer bat Deutschland und Europa um rasche Hilfe für die Opfer der Repressionen und um Hilfe beim Schutz bzw. Aufbau unabhängiger Medien. Wie die anderen Gesprächspartner zuvor, wies auch er zudem auf die schwierige Situation der belarussischen Studenten hin, die zu Hunderten wegen ihrer Teilnahme an Demonstrationen exmatrikuliert wurden und nun keine Aussicht mehr auf einen akademischen Abschluss im Land hätten. Pofalla und Vaatz zeigten sich bestürzt über diese Zustände und sagten zu, auch in Zukunft Ansprechpartner und „Lautsprecher“ für die Op-

nem veröffentlichten Forderungskatalog (s. Kasten S. 4) den Minister aufzufordern, unverzüglich das Schicksal von Otrotschtschenko aufzuklären. Nach Rückkehr Pofallas nach Deutschland übermittelte das belarussische Außenministerium dem CDU-Generalsekretär die Nachricht, dass Otrotschtschenko nach ärztlicher Behandlung wieder auf freiem Fuß sei (eine Bestätigung dieser Meldung von unabhängigen Organisationen lag zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht vor).

Da die Autorität von Präsident Lukaschenko bei den zurückliegenden Wahlen sichtbar beschädigt worden ist, steigt die Befürchtung unter den Beobachtern,

position Weißrusslands zu sein. Pofalla riet den Oppositionsführern, die Geschlossenheit der belarussischen Demokratiebewegung zu bewahren. Die CDU werde die Belarussische Volksfront und die Vereinigte Bürgerpartei darin unterstützen, einen Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei

(EVP) zu erlangen, versprach der Generalsekretär.

Der Besuch von Ronald Pofalla und Arnold Vaatz endete mit einer gut besuchten Pressekonferenz im EU-TACIS-Büro in Minsk. Ronald Pofalla verteilte seine ins Russische übersetzte Erklärung, stand Rede und Antwort und zeigte den

zunächst verblüfften Journalisten, die zumeist den staatlichen Medien angehörten, einen Stein aus der Berliner Mauer. „Die Kraft der Freiheit kann Mauern einreißen – dies ist in meinem Land so geschehen und steht ihrem Land bevor“, schloss der Generalsekretär.

### POFALLA: FORDERUNGEN FÜR MEHR DEMOKRATIE IN BELARUS

Die willkürlichen Einschränkungen und Behinderungen bei der Durchführung der Präsidentschaftswahlen in Belarus bereiten mir, meiner Partei und vielen Menschen in Deutschland große Sorge. Der Deutsche Bundestag hat am 29. März festgestellt, dass trotz der Registrierung von vier Kandidaten den OSZE-Verpflichtungen zur Durchführung demokratischer Wahlen nicht entsprochen wurde. Ich fordere:

- Alle politischen Gefangenen und alle Demonstranten, die im Zuge der Wahlen festgenommen wurden, sind unverzüglich freizulassen.

- Echte politische Meinungsfreiheit ist wiederherzustellen. Politisch Andersdenkende dürfen in Übereinstimmung mit den internationalen menschenrechtlichen Normen nicht eingeschüchert, verfolgt

oder festgenommen werden.

- Medien müssen ungehindert arbeiten können und dürfen nicht Repressalien ausgesetzt oder in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werden.

- Die Versammlungsfreiheit und die Bewegungsfreiheit aller Bürger müssen ohne willkürliche Beschränkungen gewährleistet sein. Friedliche Kundgebungen müssen durchgeführt werden können. Zivilgesellschaftliche Vereinigungen und politische Parteien müssen sich frei entfalten können und dürfen keinen repressiven oder diskriminierenden Maßnahmen unterworfen werden.

- Die rechtsstaatlichen Grundsätze müssen im Rahmen der Gewaltenteilung und in Übereinstimmung mit den universalen Menschenrechten gelten

und gewährleistet werden. Die Verpflichtungen der OSZE sind zu achten.

Meine Partei, die CDU Deutschlands, und ich wünschen uns Belarus als einen stabilen, demokratischen und rechtsstaatlich verfassten Partner in Europa, der die Menschenrechte achtet und wirtschaftlich floriert. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, die Beziehungen mit Belarus vertiefen zu können. Das ganze demokratische Spektrum der politischen Parteien in Belarus sollte daran teilhaben können. Auch deshalb setzt sich die CDU dafür ein, dass die Belarussische Volksfront und die Vereinigte Bürgerpartei einen Beobachterstatus in der EVP erhalten und dadurch auch offiziell Partnerparteien der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Europa werden.

## „Berlin kann mehr“

Mit diesem Motto zieht die Berliner CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Friedbert Pflüger in den Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl am 17. September. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium wurde auf einem Landesparteitag mit überwältigender Mehrheit zum Herausforderer des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Wowereit, gewählt. Pflüger erhielt 276 von 285 Delegiertenstimmen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel lobte in ihrer Rede das Engagement Pflügers für die Deutsche Hauptstadt. Pflüger sei der richtige Spitzenkandidat. „Er hat die Leidenschaft, für diese Stadt etwas bewegen zu wollen“, so die Vorsitzende der CDU Deutschlands.

Die Kanzlerin betonte, dass die Berliner CDU das Signal aussenden müsse, den rot-roten Senat ablösen zu wollen. Dazu müsse den Menschen deutlich gemacht werden, dass man ihre Probleme ernst nehme und lösen wolle. „Berlin kann Motor beim Erobern neuer Wege werden“, so die Bundeskanzlerin. Alle Chancen für die Schaffung neuer Arbeits-



Friedbert Pflüger

Foto: Dirk Reitze

plätze müssten genutzt werden. Angela Merkel bekräftigte: „Berlin ist eine Hauptstadt und hat Verantwortung.“ Wenn der Bund sich für Berlin einsetzen wolle, dann müsse in der Hauptstadt eine vernünftige Landespolitik gemacht werden, die auch außerhalb der Hauptstadt nachvollziehbar sei. „Deshalb brauchen wir den Wechsel in Berlin“, erklärte die Parteivorsitzende.

Spitzenkandidat Pflüger warf dem rot-roten Senat vor, Geld in unnützen Projekten zu verschwenden. Außerdem würden Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit von 18 Prozent oder die Wirtschaftsschwäche nicht angepackt. „Rot-Rot verschreckt die Investoren und kann keine Solidarität im Rest der Republik für

die Hauptstadt mobilisieren“, warf Pflüger der amtierenden Landesregierung vor. Er versprach, sich für eine Sanierung der Schulen und bessere Freizeitmöglichkeiten für Kinder einzusetzen. Dafür und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wolle er mehr Investoren in die Stadt holen. „Das ist das Wichtigste für diese Stadt“, so Pflüger.

Auch beim Thema Integration warf Pflüger der Regierung Wowereit Versagen vor. Die Gewaltprobleme an der Berliner Rütli-Hauptschule seien nur „der Höhepunkt verfehlter rot-roter Integrations- und Schulpolitik“, so Pflüger. Er erklärte, dass eine erfolgreiche Integration das Beherrschen der deutschen Sprache sowie die Anerkennung deutscher Werte voraussetze. „Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft ist kein Mittel der Integration, sondern erfolgreicher Abschluss eines Prozesses“, machte der Spitzenkandidat deutlich.

Den Entwurf des  
Wahlprogramms der  
Berliner CDU finden  
Sie unter [www.cdu-  
lv-berlin.de/  
index-  
ok.htm](http://www.cdu-lv-berlin.de/index-ok.htm)



# Kommission „Bildungschancen und Erziehung“ konstituiert

**Gewalt und menschenverachtendes Auftreten bestimmen oft den Schulalltag. Immer neue Fälle von vernachlässigten und verwahrlosten Kindern werden bekannt.**

Die PISA-Studien belegen, dass die soziale Herkunft von Kindern erheblichen Einfluss auf ihre zukünftigen Bildungschancen hat. All das zeigt: Die Start- und Lebenschancen von Kindern müssen verbessert werden. Entsprechende Vorschläge will die gerade konstituierte Kommission „Bildungschancen und Erziehung“ unter Leitung von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz aus Sachsen-Anhalt entwickeln.

„Wir müssen die Frage beantworten, wie eine gelungene Erziehung aussieht, die Potenziale von Kindern entfaltet und fördert“, konkretisiert von der Leyen den Arbeitsauftrag der Kommission. Dabei müssten die Rolle von Eltern, Geschwistern und Großeltern, aber auch die Aufgaben von Bildungs- und Sozialeinrichtungen berücksichtigt werden. Ebenso gelte es, Kindern gezielt zu helfen, deren Potenziale ver-

kümmerten und die im Extremfall von Verwahrlosung und Vernachlässigung bedroht oder betroffen seien. Dabei sei es entscheidend, dass der Staat Eltern nicht aus der Ver-

antwortung entlasse, sondern sie dazu befähige, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, so die Familienministerin. Außerdem will sich die Kommission mit der Bedeutung verbindlicher Werte und der Wertevermittlung in einer pluralen Gesellschaft befassen und die spezifische Situation von Kindern mit Migrationshintergrund beleuchten. Auch die Frage, wie in einer Wissensgesellschaft mehr Zeit für Kinder geschaffen werden kann, soll beantwortet werden. Für Olbertz ist klar, dass hinter allen problematischen Entwicklungen nicht die Mehrheit der Familien aus dem Blick verloren werden darf, denn Familie sei nach wie vor ein Erfolgsmodell. „Es kommt darauf an, die vielfach verbreiteten düsteren Szenarien zu überwinden und Mut zur Erziehung zu geben“, so der Kultusminister.



Ursula von der Leyen



Jan-Hendrik Olbertz

Eine besondere Bedeutung der Kommissionsarbeit für die programmatische Weiterentwicklung der CDU sieht Generalsekretär Ronald Pofalla. Die CDU sei die einzige Partei, die Bildungschancen von Kindern nicht auf Schulstrukturfragen reduziere, sondern das gesamte Lebensumfeld von Kindern in den Mittelpunkt stelle. „Das ist ein entscheidender Schritt, um Startchancen von Kindern zu verbessern“, sagte Pofalla. Zu den Mitgliedern der Kommission gehören Kultus- und Sozialminister der Länder, bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktionen und Mitglieder entsprechender Landesfachausschüsse. Experten aus Wissenschaft und Forschung sollen hinzugezogen werden. Die Kommission wird für den Bundesparteitag im November einen Antrag erarbeiten.

# Mehr Investitionen, weniger Abhängigkeit

Die Bundesregierung will die Abhängigkeit von Energieimporten tendenziell verringern, steigende Energiepreise verhindern und umweltpolitische Herausforderungen wie den globalen Klimawandel stärker in den Blick nehmen. Das teilte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem ersten Energiegipfel im Kanzleramt mit.

„Die Regierung will Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit in ein vernünftiges Gleichgewicht bringen“, so Merkel. Denn die Zukunft Deutschlands hänge von einer sicheren, umweltfreundlichen und wirtschaftlichen Energieversorgung ab.

Die Wirtschaft werde bis zum Jahr 2012 mehr als 30 Milliarden Euro in neue Kraftwerke und Energienetze investieren, kündigte die Bundeskanzlerin an. Im gleichen Zeitraum seien im Bereich der erneuerbaren Energien Investitionen von 33 bis 40 Milliarden Euro zu erwarten.

In dieser Legislaturperiode werde die Bundesregierung zwei Milliarden Euro



Bundeskanzlerin Angela Merkel, Umweltminister Sigmar Gabriel (l.) und Wirtschaftsminister Michael Glos (r.) nach dem Energiegipfel

Foto: dpa

für die Energieforschung zur Verfügung stellen. „Wir werden damit 30 Prozent mehr Forschungsmittel in einem Bereich aufwenden, den ich für ausgesprochen zukunftsfruchtig halte“, sagte Merkel. Das Spektrum reiche dabei von der Sicherheitsforschung bis zur Erforschung der erneuerbaren Energien.

Der Gipfel habe aber auch gezeigt, dass es „strittige Punkte“ wie den Atomausstieg gebe. In diesem Zusammenhang müsse geprüft werden, wie die Kernenergie substituiert werden könne, betonte Angela Merkel. Zugleich machte sie deutlich, dass diese Frage in den kommenden Monaten weiter diskutiert werden müsse. Die Bundeskanzlerin lobte das „konstruktive“ Ge-

sprächsklima des Gipfels. Sie habe in dem Kreis sehr deutlich gespürt, „dass der Wille zur Zusammenarbeit da ist“.

Zu dem Spitzentreffen im Kanzleramt waren 22 Vertreter der Wirtschaft und Fachleute geladen. Von Regierungsseite nahmen neben Bundeswirtschaftsminister Michael Glos auch Bundesforschungsministerin Annette Schavan und Kanzleramtschef Thomas de Maizière teil. Der Energiegipfel bildete den Auftakt zu weiteren Spitzentreffen, die von drei Arbeitsgruppen vorbereitet werden. Der nächste Energiegipfel findet voraussichtlich im September statt. Ziel ist es, bis Ende 2007 ein nationales Energiekonzept zu erarbeiten, das bis 2020 gelten soll.

Otto Bernhardt

# Neuordnung der Unternehmensbesteuerung überfällig

Im Koalitionsvertrag haben wir eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung vereinbart, in deren Zusammenhang wir auch über die Fortentwicklung der Gewerbesteuer entscheiden wollen. Unser Fahrplan ist ehrgeizig. Bis zur Sommerpause sollen Eckpunkte aufgestellt werden und bis Ende 2006 ein Regierungsentwurf vorliegen, der Anfang 2007 in die parlamentarischen Beratungen gehen soll. Wir wollen diese Reform zum 1. Januar 2008 umsetzen.

Zwischenzeitlich liegen mit den Reformmodellen von Stiftung Marktwirtschaft (SMW) und Sachverständigenrat (SVR) Konzepte vor, hinter denen der anerkannte Sachverstand von führenden und unabhängigen Steuerrechtsexperten steht. Bei diesen im Detail sehr unterschiedlichen Modellen fällt auf, dass beide Konzepte wesentliche Gemeinsamkeiten aufweisen:

Dies ist zunächst die unmissverständliche Einschätzung, dass für den Standort Deutschland eine Neuord-



Otto Bernhardt

nung der Unternehmensbesteuerung überfällig und unausweichlich ist. Bei einer Steuerbelastung der Unternehmensgewinne von ca. 39 Prozent, die sich aus Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag zusammensetzt, unterliegen in Deutschland Kapitalgesellschaften der höchsten Steuerlast in Europa.

## Erheblicher Reformbedarf

Auch bei den Personenerheblichen Unternehmen besteht erheblicher Reformbedarf. So beträgt die Steuerbelastung in der Spitze gut 48 Prozent, denn neben den individuellen Steuersatz von bis zu

42 Prozent treten noch der Solidaritätszuschlag und ggf. die Kirchensteuer.

## Neue Lösungsansätze

Zum anderen besteht bei beiden Modellen Konsens, dass eine nachhaltige Reform der Unternehmensbesteuerung eine Fortentwicklung der Gewerbesteuer unbedingt umfassen sollte. Die Sonderbelastung mit Gewerbesteuer ist einer der Hauptgründe dafür, dass in Deutschland die Steuerbelastung der Unternehmensgewinne europaweit am höchsten ist. Im internationalen Wettbewerb ist eine der deutschen Gewerbesteuer vergleichbare Steuer weitestgehend unbekannt. Auch ist die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle von Städten und Gemeinden auf lange Sicht ungeeignet, da sie stark konjunkturabhängig ist.

Die Lösungsansätze, die uns nun von der SMW und dem SVR vorgelegt worden sind, gestalten sich im Wesentlichen wie folgt:



Beim Modell des SVR unterliegen grundsätzlich sämtliche Kapitaleinkommen einem ermäßigten Steuersatz von 25 Prozent, während es bei den übrigen Erwerbseinkommen beim linear-progressiven Steuertarif bleibt (Duale Einkommensteuer).

Zu den Kapitaleinkommen zählt neben den Zins-einkünften im weitesten Sinne auch die typisierte Verzinsung des in einem Unternehmen eingesetzten Eigenkapitals (sog. Normalgewinn, z.B. 6 Prozent). Immobilieneinkünfte könnten ebenfalls in die Duale Einkommensteuer einbezogen werden, da auch diese Einkünfte auf dem Einsatz von Kapital beruhen. Aufgrund der beabsichtigten einheitlichen Besteuerung von Kapitaleinkommen eignet sich das Modell des SVR gut für die mögliche Einführung einer Abgeltungssteuer.

Der Gewinn von Kapitalgesellschaften soll – inklusive einer kommunalen Steuer – insgesamt mit 25 Prozent belastet werden. Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Modellbeschreibung des SVR verwiesen (siehe Internet-Hinweis im Kasten).

Die SMW hingegen strebt eine einheitliche Steuer für alle Unternehmen unabhän-

gig von der Rechtsform an, nach der im Unternehmen verbleibende Gewinne mit 22 Prozent besteuert werden. Hinzu kommen – als teilweiser Ersatz für die Gewerbesteuer – weitere 8 Prozentpunkte als kommunale Unternehmensteuer. Dies führt zu einer Gesamtbelastung von insgesamt 30 Prozent. Kommt es zu Ausschüttungen oder Entnahmen, werden diese in Fortentwicklung des Halbeinkünfteverfahrens entsprechend nachbelastet. Flankiert wird die Unternehmensteuer durch eine Kleinunternehmerregelung, die es insbesondere Einzelunternehmern ermöglicht, in der Einkommensteuer zu verbleiben. Diese Regelung soll greifen, wenn der Gewinn eines Personenernehmens nachhaltig 120.000 Euro nicht überschreitet. Nähere Einzelheiten finden sich in der Modellbeschreibung der SMW (siehe Internet-Hinweis im Kasten).

### Vier-Säulen-Modell

Darüber hinaus hat die SMW in ihr Konzept ein Modell integriert, nach dem die Gewerbesteuer durch eine stetige und moderne Kommunalsteuer ersetzt werden

soll. Dieses sog. Vier-Säulen-Modell wird vom SVR ausdrücklich unterstützt.

Wie schon diese kurze Darstellung zeigt, enthalten beide Konzepte neue, unbedingt überlegenswerte Denksätze. Dabei werden aber auch noch einige Fragen zu beantworten sein wie z.B. die Frage der Finanzierbarkeit. Derzeit werden beide Modelle in einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesfinanzministeriums berechnet.

Selbstverständlich können und werden wir bei diesem Reformvorhaben die prekäre Lage der öffentlichen Haushalte nicht aus den Augen verlieren. Zum jetzigen Zeitpunkt aber sollten wir uns zunächst intensiv mit den Inhalten der vorgeschlagenen Modelle auseinandersetzen und beide Modelle unvoreingenommen prüfen.

**Otto Bernhardt** ist der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mehr Infos zu den Modellen unter:  
[www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de) und  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de) unter „Kommission Steuergesetzbuch“



# Bürokratie wird Kampf angesagt

Mit einem qualitativ neuen Ansatz wollen die Regierungskoalitionen der Bürokratie auf Bundesebene den Kampf ansagen. Ein unabhängiger Normenkontrollrat soll die Gesetzentwürfe der Bundesregierung vor deren Beratung im Bundeskabinett überprüfen.

„Die Klage über Bürokratielasten ist Jahrzehnte alt, die Ankündigungen der Politik daran etwas zu ändern, fast ebenso alt“, sagte Norbert Röttgen, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion. Mit einem neuen Ansatz werde diese „Geschichte des Scheiterns“ beendet. „Wir glauben, dass wir etwas ändern können“, ist Röttgen überzeugt. Mit den positiven Erfahrungen aus anderen Ländern werde dies auch in Deutschland gelingen.

Bürokratiekosten sollen mit Hilfe einer standardisierten Messung zunächst erfasst und dann reduziert werden. In den Niederlanden seien auf diese Weise 16 Milliarden Euro als Bürokratiekosten erkannt worden, dies entspricht 3,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Inzwischen sei es im Nachbarland gelun-



Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Norbert Röttgen (Mitte), der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Olaf Scholz (links), und der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Hartmut Koschyk (rechts), präsentierten den Vorschlag für einen Normenkontrollrat.

gen, diesen Wert innerhalb von zwei Jahren um 18 Prozent zu reduzieren. Überträgt man diesen Wert auf Deutschland, könnte ein zweistelliger Milliardenbetrag in der Volkswirtschaft eingespart werden, schätzt Röttgen.

Nach dem Gesetzentwurf sind Bürokratiekosten solche, die Unternehmen, Vereinen oder Personen durch Informations-, Dokumentations- und Berichtspflichten des Bundes entstehen. Es sind durch den Gesetzentwurf alle Bundesgesetze und auf ihnen beruhenden Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften sowie die Umsetzung von europäischem Recht erfasst. Röttgen forderte, dass ein festgelegtes Einsparziel definiert werde, dessen Einhaltung regel-

mäßig überprüft werden soll.

Der vorgesehene Normenkontrollrat werde ein „notwendiger Wachhund sein, der laut bellt, wenn er feststellt, dass die Bürokratieabbauziele nicht erreicht werden“, sagte der CDU-Politiker. Dazu müsse der Kontrollrat stark und unabhängig sein. In ihm sollten weder Beamte noch Politiker vertreten sein. Der Normenkontrollrat soll nach dem Gesetzentwurf aus acht Mitgliedern bestehen, die von der Bundeskanzlerin für fünf Jahre berufen werden. Sie werden ehrenamtlich tätig sein und sollen „Erfahrungen in legislativen Angelegenheiten“ gesammelt haben und über „Kenntnisse in wirtschaftlichen Angelegenheiten“ verfügen, heißt es in dem Entwurf.

# Integration fördern und fordern

**Die verzweifelten Hilferufe aus Berliner Hauptschulen mit einem starken Anteil ausländischer Schüler sind extreme Symptome von Entwicklungen, wie sie inzwischen in den meisten deutschen Großstädten zu beobachten sind.**

Verwahrlosungstendenzen sind für jeden sichtbar, und wir wissen aus der Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes, dass gerade Gewaltstraftaten deutlich überproportional von nicht-deutschen Tätern begangen werden. Die Integration von Zugewanderten in Staat und Gesellschaft ist insbesondere ein Problem der sozialen Integration. Daher müssen wir den Bürgern ausländischer Herkunft von Beginn an Wege in unsere Gesellschaft öffnen. Die Teilhabe am Arbeitsleben setzt den frühen Erwerb der deutschen Sprache und eine ent-



Volker Kauder

sprechende Bildung und Ausbildung voraus. Jedes Kind, das in die Grundschule kommt, muss die deutsche Sprache so beherrschen, dass es dem Unterricht problemlos folgen kann. Noch sind wir von Verhältnissen, wie sie in französischen Vorstädten zu beobachten waren, entfernt. Aber wenn wir die Aufgabe sozialer Integration nicht entschlossen angehen, sind auch in unseren Städten ähnliche Bilder vorstellbar.

Integrationspolitik ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Was jetzt Not tut, ist eine gemeinsame Anstrengung aller staatlichen Ebenen. Integration ist aber keine Einbahnstraße. Sie setzt auch den Respekt der Zugewanderten vor unserem Land und die Bereitschaft zur Integration voraus. Nun ist es dringend erforderlich, dass sich Bund, Länder, Kommunen und gesellschaftlich relevante Gruppen gemeinsam auf einen Nationalen Aktionsplan Integration verpflichten. Ein solcher Aktionsplan sollte durch einen Integrationsgipfel vorbereitet werden und durch gemeinsame Ziele mit klarer Zeitperspektive und Verantwortlichkeiten zu einheitlichen Maßnahmen geführt werden.

**Volker Kauder** ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## BA-WÜ: STEFAN MAPPUS WIEDERGEWÄHLT



Stefan Mappus

Die neue 68-köpfige CDU-Fraktion in Baden-Württemberg hat Stefan Mappus mit überwältigender Mehrheit zu ihrem Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der direkt gewählte Landtagsabgeordnete für den Wahl-

kreis Pforzheim führt die Fraktion seit dem 21. April 2005.

Als Fraktionsgeschäftsführer wurde Thilo Traub bestätigt. Er bekleidet das Amt seit dem 1. September vergangenen Jahres.

## Integrationsgipfel mit Kommunen ist der richtige Weg

**Die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach einem nationalen Aktionsplan Integration und einem vorbereitenden Integrationsgipfel unter Einbeziehung der Länder und Kommunen ist der richtige Weg.**

Wir brauchen gemeinsame Ziele mit klarer Zeitperspektive und Verantwortlichkeiten, um in ganz Deutschland zu einheitlichen Maßnahmen zu kommen. Integration ist eine nationale Querschnittsaufgabe vieler Politikbereiche, die letztlich nur lokal bzw. regional und vor Ort bewältigt werden kann. Bund und Länder müssen die Kommunen bei dieser schwierigen und komplexen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe unterstützen.

Integrationsverträge, wie sie der Deutsche Städte- und Gemeindebund mit Ausländern fordert, sind ein sinnvoller und konkreter Beitrag dazu. Neu eingereiste Ausländer, die eine Integration verweigern, sollten zukünftig mit Leistungskürzungen und im Extremfall mit der Rückkehr in die Heimat bestraft werden können.

Die Entwicklungen an vielen Schulen zeigen eindringlich, dass zur langfristigen Stabilisierung des sozialen Friedens, der inneren Sicherheit und der Schaffung eines lebens- und investitionsfreundlichen Klimas auch und besonders die Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft gehört. Laissez-faire ist gescheitert. Der politische Handlungsbedarf ist offensichtlich.

**Peter Götz** ist kommunalpolitischer Fraktionssprecher.

## Touristische Vermarktung ist gut investiertes Geld

**Mit einer Anhebung der tourismuspolitischen Haushaltsansätze um fast eine Mio. Euro weist der Haushaltsentwurf 2006 in die richtige Richtung. Trotz knapper Kassen soll dabei der Haushaltstitel für die Deutsche Zentrale für Tourismus um 500.000 Euro auf 25 Mio. Euro erhöht werden.**

Dies ist dringend notwendig, um Deutschland im Wettbewerb gegenüber wichtigen Konkurrenzländern zu stärken, die oft erheblich mehr Mittel für ihre nationale Tourismuswer-



Peter Götz

bung ausgeben.

Dieses Geld fließt direkt in die Vermarktung des Tourismusstandortes Deutschland im Ausland und stellt daher hervorragend investierte Steuermittel dar, die ein Vielfaches an Umsätzen in der Wirtschaft und Einnahmen in den öffentlichen Kassen bewirken. Damit soll auch ein Beitrag zur Reduzierung des ständig wachsenden Defizits in der deutschen Reiseverkehrsbilanz geleistet werden, das im letzten Jahr bei fast 36 Mrd. Euro lag.

Die Tourismuswirtschaft stellt sowohl im Inland als auch weltweit eine der wenigen langfristigen Wachstumsbranchen dar. EU-weit sichert diese Branche derzeit 11,8 Prozent aller Arbeitsplätze. Bis zum Jahre 2016 wird ein Anstieg auf 13 Prozent geschätzt. Dieses Wachstum darf an Deutschland nicht vorbeigehen.

gehen, da der Tourismus große Chancen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bietet. Während in vielen Wirtschaftsbranchen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland diskutiert wird, kann dies für den Tourismussektor ausgeschlossen werden. Diese Arbeitsplätze sind an den Standort Deutschland gebunden und können nicht exportiert werden. Wer Neuschwanstein oder das Brandenburger Tor besuchen möchte, findet das Original nun einmal nur bei uns in Deutschland.

Der Tourismus hat auch erhebliche positive wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Effekte in nachgelagerten Bereichen. So profitieren z. B. das Baugewerbe und das örtliche Handwerk vom Neubau



Klaus Brähmig

oder Renovierungen im Hotel- und Gaststättenbereich. Die Touristen kaufen in den Geschäften des Urlaubsortes ein und besuchen Museen, Theater und andere kulturelle Einrichtungen. Und durch die Anreise und Mobilität vor Ort werden viele Arbeitsplätze bei Flughäfen, Fluggesellschaften, Bahnen, Bus- und Taxibetrieben bis hin zu Ausflugsschiffen gesichert. Nicht

umsonst ist beispielsweise der Frankfurter Flughafen die größte lokale Arbeitsstätte Deutschlands.

**Klaus Brähmig** ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Sozialpolitik mit Augenmaß

**Erklärung zu den Beratungen des „Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Sozialen Entschädigungsrechts und des Gesetzes über einen Ausgleich von Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet“:**

Wir machen Sozialpolitik mit Augenmaß. Deshalb nehmen wir Systemträger der SED-Diktatur, die gegen die Grundsätze der Mensch-

## S. KAUDER VORSITZENDER DES BND-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSES

**Die Unionsfraktion hat Siegfried Kauder einstimmig zum Vorsitzenden des BND-Untersuchungsausschusses des Bundestages gewählt. Als Obmann der Union in dem Gremium wurde Hermann Gröhe benannt.**

Der von den Oppositionsparteien beantragte Ausschuss soll die Tätigkeit des Bundesnachrichten-

dienstes während des Irak-Krieges sowie geheime Flüge des US-Geheimdienstes CIA über Deutschland und die Verschleppung des Deutsch-Libanesen Khaled El Masri aufklären.

Siegfried Kauder ist der Bruder von Unionsfraktionschef Volker Kauder.



Siegfried Kauder

Im Bundestag ist Siegfried Kauder Mitglied im Rechtsausschuss und Obmann der Union im Petitionsausschuss.

Zudem arbeitete der Rechtsanwalt in der vergangenen Legislaturperiode bereits im Visa-Untersuchungsausschuss mit.

lichkeit und der Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben, von den Neuregelungen des Dienstbeschädigungsausgleichs aus. Eine entsprechende Ausschlussregelung ist Gegenstand des Änderungsantrags, den wir in den zuständigen Ausschuss des Deutschen Bundestages eingebracht haben. Damit nutzen wir den politischen Spielraum, den

das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber gelassen hat. Wir verhindern, dass die Kluft zwischen den Opfern und den früheren Systemträgern noch größer wird.

Alle Fraktionen haben den Änderungsantrag gemeinsam eingebracht, nur die LINKE hat sich nicht beteiligt. Das zeigt: Wenn es zum Schwur kommt, lassen

Lafontaine und Co. die früheren Getreuen nicht im Stich. Den Schmusekurs der LINKEN gegenüber den damaligen Systemträgern muss jedes Opfer als Schlag ins Gesicht empfinden.

Wir nehmen die Anliegen der Opfer der SED-Diktatur ernst und werden uns weiter für eine Verbesserung ihrer Situation einsetzen. Den Worten im Koaliti-

## STADT BRAUNSCHWEIG AUSGEZEICHNET

**Am Rande eines Treffens von Oberbürgermeistern mit der Vorsitzenden und dem Generalsekretär der CDU Deutschlands gratulierte Angela Merkel dem Braunschweiger Bürgermeister zur Auszeichnung „seiner“ Stadt als „Stadt der Wissenschaft 2007“.**

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hatte der niedersächsischen Stadt einen Tag zuvor diesen Titel verliehen. Die Jury hob vor allem die Originalität der Bewerbung hervor. Insgesamt hatten sich zehn Städte an dem Wettbewerb beteiligt, drei waren im Januar 2006 von der Jury für die Endausscheidung in Dresden nominiert worden. Der Titel wird an Städte verliehen, die die Wissenschaft als Motor für die Stadtent-

wicklung nutzen. „Man konnte der Braunschweiger Bewerbung anmerken, dass die ganze Region im Aufbruch ist und sich mit der Bewerbung identifiziert“, sagte Jury-Vorsitzender Andreas Schlüter. Die Jury sei auch von der Zahl der Kooperationspartner beeindruckt gewesen. Die Stadt könne auf eine breite Unterstützung von Unternehmen und Sponsoren bauen.

„Die Auszeichnung passt zur aktuellen Aufbruchstimmung in der Stadt“, sagte Braunschweigs Oberbürgermeister Gert Hoffmann. Der Titel könne das Bewusstsein der Bürger für den Wissenschaftsstand-



Gert Hoffmann und Angela Merkel

ort Braunschweig weiter wecken und das überregionale Ansehen der Region stärken. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen mit wissenschaftlichen Institutionen erhofft sich auch die regionale Wirtschaft Vorteile. In Braunschweig gibt es mehrere Universitäten und zahlreiche Forschungsinstitute des Bundes.



Ralf Brauksiepe



Maria Michalk



Katherina Reiche

onsvertrag müssen Taten folgen. Die Union hat ihre Karten bereits in der vergangenen Wahlperiode mit ihren Gesetzentwürfen zur Opferpersone auf den Tisch gelegt. Wir sind optimistisch, dass wir zusammen mit der SPD-Fraktion noch in der ersten Hälfte dieses Jahres eine Verbesserung der Situation der SED-Opfer hinkriegen.

**Ralf Brauksiepe** ist arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, **Maria Michalk** ist die zuständige Berichterstatterin.

## Startschuss für eine zukunftsfähige Energiestrategie

Zur Sicherstellung der Energieversorgung in Deutschland brauchen wir eine Energiestrategie für die Zukunft. Das heißt:

**mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten, Erneuerung der Kraftwerke, Effizienzsteigerungen, Energieforschung und erneuerbare Energien.**

Die Energiewirtschaft steht jetzt in der Pflicht, ihre Investitionszusagen endlich auch einzulösen. Deutschland kann sich den Investitionsstau im Kraftwerksbereich nicht länger leisten. Der Kraftwerkpark muss erneuert werden und in die Entwicklung des effizientesten und modernsten Kraftwerksparks in Europa münden.

Es müssen aber auch neue zusätzliche Kraftwerke und Netze gebaut werden. Es werden dringend neue Stromerzeugungskapazitäten auf dem Markt benötigt, um die Strompreise bezahlbar zu halten und den dringend notwendigen Wettbewerb zu stärken.

Die Zukunft in einem breiten Energiemix gehört

den erneuerbaren Energien. Hier liegt ein enormes Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. Gleichzeitig helfen sie, die Importabhängigkeit zu verringern und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Bisher können die erneuerbaren Energien aber nicht ohne Förderung im Markt bestehen. Ziel muss es deshalb sein, durch Forschung und Entwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien zu erreichen.

Die Energieforschung ist die strategische Säule der Energiepolitik. Ohne Innovationen wird es nicht gelingen, die Energieversorgung in Deutschland zukunftsfähig zu gestalten. Wir müssen vorankommen in der Sicherheitsforschung und bei den erneuerbaren Energien. Wir müssen vor allem aber die Energieeffizienz verbessern. Hier muss ein Schwer-

punkt liegen. Wir müssen Ressourcen und Energie intelligenter nutzen.

Wir müssen bei all diesen Bereichen zu Fortschritten kommen, damit es gelingt, eine Energieversorgung in Deutschland zu schaffen, die unabhängiger ist von Importen, bezahlbar sowie umwelt- und klimafreundlich.

**Katherina Reiche** ist Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



## Schüler als Streitschlichter einsetzen

**Vorgänge wie an der Berliner Rütli-Schule darf es in Zukunft nicht mehr geben.**

Für Gewalt an Schulen gilt null Toleranz. Die Probleme müssen gemeinsam mit den Schülern gelöst werden. Schüler sollten selbst zu Streitschlichtern ausgebildet werden. Wir müssen jungen Menschen etwas zutrauen und Verantwortung von ihnen einfordern. Auf Erfahrungen mit Programmen z. B. aus Baden-Württemberg kann bundesweit aufgebaut werden. Das System hat drei Vorteile:

- Die Schülerschaft wird gestärkt.
- Das Verhältnis zu den Lehrern wird entlastet.
- Schüler haben auch die

Möglichkeit, ihre Gewaltgeschichte umzuschreiben.

Der Schlüssel für Integration liegt in der Bildungspolitik. Es ist unverantwortlich, Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse einzuschulen. Wer seine Lehrer nicht versteht, kann nicht erfolgreich lernen und gerät ins Abseits. Deuschtests und Deutschkurse im Kindergartenalter müssen nicht nur angeboten, sondern auch durchgesetzt werden – wenn nötig mit Leistungskürzungen bei Kindergeld etc.

Die Hauptschulen müssen gestärkt werden. Die Hauptschule muss „die Schule“ werden, die ins praktische Berufsleben führt. Schon ab Klasse 7 sollte der regelmäßige Kontakt in die Wirtschaft gepflegt werden.

Jugendliche brauchen Chancen, im Berufsleben Fuß zu fassen. Die Partner des Ausbildungspaktes legen zu Recht einen Schwerpunkt auf ausländische Jugendliche und Betriebe. Unbedingt sollten auch die Möglichkeiten der Stufenausbildung, die mit dem neuen Berufsbildungsgesetz erweitert wurden, genutzt werden. Über Stufenausbildungen schaffen auch eher theorieschwächere Jugendliche leichter den Einstieg ins Berufsleben.



Ilse Aigner

Jedes vierte neugeborene Kind in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Es liegt in unser aller Interesse, dass jedes dieser Kinder eine Chance bekommt.

**Ilse Aigner** ist die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Aktuell auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

- Für einen Nationalen Aktionsplan Integration. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 4. April 2006
- Strategische Elemente einer zukunftsfähigen Energiepolitik. Versorgungssicherheit - Wettbewerb - Forschung. Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 4. April 2006



## Ein „Smilie“ für Kinder!

### Buntstifte mit Komfortgriff

Die dreieckige Schaftform ist speziell auch für kleine Kinder – für einen besseren Halt – entwickelt worden.

### CDU-Buntstifte

intensive Farbkraft, bruch-, wisch- und wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**

Preis je **10 Schachteln: 21,50 €**

inkl. MwSt.: 24,90 €



### Reflektoren „Smilie“

Bestell-Nummer: **9558**

Preis je **25 Stück: 22,50 €**

inkl. MwSt.: 26,10 €



### Luftballon „Smilie“

in zwei verschiedenen Farben (Blau und Weiß) je Verpackung

Bestell-Nummer: **9874**

Preis je **100 Stück: 13,00 €**

inkl. MwSt.: 15,08 €



## Luftballon Zubehör

### Luftballon-Drahtstäbe

Bestell-Nummer: **9305**

Preis je **500 Stück: 11,00 €**

inkl. MwSt.: 12,76 €

### Luftballon-Schnellverschluss

inkl. Halteschnur für Gasballons

Bestell-Nummer: **9609**

Preis je **100 Stück: 4,90 €**

inkl. MwSt.: 5,68 €



### CDU-Hissfahne

Hochformat 1,50 m x 3,00 m

Bestell-Nummer: **0090**

Preis je **Stück: 22,50 €**

inkl. MwSt.: 26,10 €



**NEU! AB ANFANG MAI LIEFERBAR!**

### CDU-Hissfahne

Querformat 3,00 m x 2,00 m

Bestell-Nummer: **0091**

Preis je **Stück: 26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
 CDU-Kundenbetreuung  
 Telefax 0 52 41-8 09 41 65  
 e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)

### CDU Sonnenschirm

Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0458**

Preis je **Stück: 38,00 €**

inkl. MwSt.: 44,08 €



### Fußständer für Sonnenschirme

Bestell-Nummer: **0459**

Preis je **Stück: 6,50 €**

inkl. MwSt.: 7,54 €

### CDU Stehtisch

Höhe ca. 1,10m, Durchmesser 85 cm  
Tischplatte mit Öffnung für Sonnenschirm

Bestell-Nummer: **0348**

Preis je **Stück: 50,10 €**

inkl. MwSt.: 58,12 €



### FU Sonnenschirm

Bestell-Nummer: **0047**

Preis je **1 Stück: 53,00 €**

inkl. MwSt.: 61,48 €



## Die neue Wandzeitung

Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit.



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.